

Inhalt

Bedarfsabfrage Ferien	1
Offene Ganztagschule	2
Hunde	3
Gemeindeprüfungsamt	3
Familienzentren	3
Neues Wahlrecht	4
Was bringt "KiBiz"	4

Betreuung in Ferien

Mit einer Bedarfsabfrage soll ermittelt werden, ob das Angebot der Betreuung von Kindern in den Ferien ausreichend ist. Gibt es hier Verbesserungsmöglichkeiten?

Seite 1

Kerken im Vergleich

Das Gemeindeprüfungsamt hat Kerken in den Bereichen Finanzen, Kultur, Verwaltung und Bauverwaltung geprüft und mit anderen Kommunen gleicher Größe verglichen.

Seite 3

Neues Gesetz "KiBiz"

Das Land NRW will das alte Kindergartengesetz "GTK" durch das neue "KiBiz" ablösen: Die Auswirkungen sind erheblich. Unsere Einschätzung: Weniger Qualität für mehr Geld!

Seite 4

Bedarfsermittlung Ferienbetreuung

Am 30. Mai 2007 stellte die Gemeindeverwaltung den Entwurf des Fragebogens vor, mit dem der Bedarf in Kerken nach zusätzlichen Betreuungsangeboten für Kinder abgefragt werden soll. Die BVK initiierte diese Abfrage mit ihrem Antrag im Gemeinderat für Eltern, die aufgrund aktuell nicht ausreichender Ferienbetreuung für ihre Kinder entsprechenden Bedarf anmeldeten. Die Angebote für Kinder in Kerken sind vielfältig, entsprechen aber nicht immer dem Bedarf. Hortkinder haben bisher eine zweiwöchige Sommerpause, die offene Ganztagschule eine dreiwöchige, die verlässliche Grundschule schließt die gesamten Sommerferien, immerhin sechs Wochen. Sportvereine, Ferienfreizeiten und die Stadtranderholung

machen ebenfalls umfangreiche Angebote, doch trotzdem geraten vorwiegend berufstätige Eltern in den Ferienzeiten immer wieder in die Zwickmühle bei der Betreuung ihrer Kinder. Der Bedarf wird nun in Kerken abgefragt. Die Fragebögen sind mittlerweile verteilt. Die Auswertung wird bis nach den Sommerferien dauern. Unsere Forderung ist zunächst eine stärkere aktive Beteiligung der Gemeinde Kerken bei der Koordination der vorhandenen Angebote. Vom Ergebnis der Bedarfsabfrage wird es dann abhängen, welche Lücken durch weitere Maßnahmen zu schließen sind. Was uns dabei wichtig ist: Die Qualität muss stimmen. Es geht uns nicht um ein billiges Angebot, sondern ordentliche Betreuung.

Auf dem Prüfstand:

Gemeindeprüfungsamt prüft Kerken

Am 16. Mai 2007 wurden die ersten Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Gemeinde Kerken durch das Gemeindeprüfungsamt NRW (GPA NRW) im Gemeinderat vorgestellt. Neben dem GPA NRW war auch ein Vertreter der zuständigen Bezirksregierung anwesend. Das Gesamtergebnis ist sicherlich positiv zu beurteilen. Dennoch ergaben sich schon bei der Präsentation Anhaltspunkte für weitere Aufgabenfelder in Kerken. Mit der

Kenntnisnahme der Ergebnisse durch die Unterschrift unter die Empfangsbestätigung ist es also sicherlich nicht getan. Der vollständige Bericht über vermutlich mehrere hundert Seiten soll den Fraktionen erst in einigen Tagen übergeben werden. Danach ist dieser intensiv zu studieren, um zu entscheiden, wo sich konkrete Ansatzpunkte für weitere Maßnahmen ergeben und Handlungsbedarf besteht.

Gießkannen für Friedhöfe in Kerken

Manchmal ist es nicht leicht, auf dem Friedhof eine Gießkanne für die Grabpflege zu ergattern. Deshalb übergaben der BVK-Vorsitzende Theo Bergers und sein Vize Uwe Badermann im Mai 2007 den Friedhofsgärtnern jeweils 10 Gießkannen für die drei Friedhöfe in Kerken übergeben. Diese sollen den Bürgern dort zur Verfügung gestellt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch diskutiert, ob es nicht Sinn machen würde, die Gießkannen gegen Euro-Münzen oder einen Einkaufschip - vergleichbar dem Einkaufswagensystem im Supermarkt - zu verleihen. So könnte sichergestellt werden, dass die Gießkannen auch wieder an ihren Platz zurück gelangen.



Gebühren für die offene Ganztagschule

Am 30.05.2007 beriet der Haupt- und Finanzausschuss die Gebühren für den Besuch der offenen Ganztagschule (OGS). Der Vorschlag des Bürgermeisters lautete, bei einer vollständigen Umlegung aller Kosten auf die Eltern, zuvor ch 101 EUR. Dies hätte eine Erhöhung um ca. 33 % bedeutet und wurde von keiner der Fraktionen akzeptiert. Für die Kalkulation war zu Beginn der OGS von drei Gruppen zu je 25 Kindern zu Grunde gelegt worden. Tatsächlich wurden aber im

vergangenen Jahr nur 58 Kinder für die drei Gruppen angemeldet. Die dadurch entstandene Differenz bei den Kosten wollte die Verwaltung nun auf die Eltern der angemeldeten Kinder umlegen. Die BVK schlug vor, sowohl für die Kalkulation und die Gebührenfestsetzung die Anzahl der geplanten Gruppen zu je 25 Kinder als Grundlage zu Grunde zu legen, um das Risiko geringer Anmeldezahlen nicht auf die Eltern zu verlagern. Dies könnte zu einem Teufelskreislauf aus geringen

Anmeldungen und weiter ansteigenden Beiträgen führen. Die BVK errechnete somit Elternbeiträge i. H. v. ca. 78 EUR auf Basis der geplanten OGS-Gruppen. Die CDU schlug vor, eine Deckelung bzw. Rundung bei 75 EUR vorzunehmen. Diesem Vorschlag konnten sich alle Fraktionen anschließen. Der Rat der Gemeinde beschloss im Juni 2007 die Gebühren für die offene Ganztagschule auf 80 EUR festzusetzen.

Hundesteuer und Hundeklos

Am 30.05.2007 beriet der Haupt- und Finanzausschuss die Gebühren für den Besuch der offenen Ganztagschule (OGS). Der Vorschlag des Bürgermeisters lautete, bei einer vollständigen Umlegung aller Kosten auf die Eltern, zuvor ch 101 EUR. Dies hätte eine Erhöhung um ca. 33

% bedeutet und wurde von keiner der Fraktionen akzeptiert. Für die Kalkulation war zu Beginn der OGS von drei Gruppen zu je 25 Kindern zu Grunde gelegt worden. Tatsächlich wurden aber im vergangenen Jahr nur 58 Kinder für die drei Gruppen angemeldet. Die dadurch entstandene Differenz bei

den Kosten wollte die Verwaltung nun auf die Eltern der angemeldeten Kinder umlegen. Die BVK schlug vor, sowohl für die Kalkulation und die Gebührenfestsetzung die Anzahl der geplanten Gruppen zu je 25 Kinder als Grundlage zu Grunde zu legen, um das Risiko geringer

Anmeldezahlen nicht auf die Eltern zu verlagern. Dies könnte zu einem Teufelskreislauf aus geringen Anmeldungen und weiter ansteigenden Beiträgen führen. Die BVK errechnete somit

Elternbeiträge i. H. v. ca. 78 EUR auf Basis der geplanten OGS-Gruppen.

Die CDU schlug vor, eine Deckelung bzw. Rundung bei 75 EUR vorzunehmen. Diesem Vorschlag

konnten sich alle Fraktionen anschließen. Der Rat der Gemeinde beschloss im Juni 2007 die Gebühren für die offene Ganztagschule auf 80 EUR festzusetzen.

Familienzentren im Kreis Kleve

Das Land NRW fördert sogenannte "Familienzentren", die in Kindertagesstätten eingerichtet werden können und deren Aufgabenfeld dadurch um Angebote für die übrigen Familienmitglieder der Kinder erweitert werden sollen. Am 16.05.2007 beschloss der für die zuständige Kreisjugendausschuss diese Aufgabe für dessen gesamten Zuständigkeitsbereich alleine der Caritas zu übertragen.

Brisant an diesem Thema ist zum Ersten: Zwei Kindertagesstätten aus Kerken hatten sich ebenfalls beworben, diese Aufgabe vor Ort zu übernehmen. Sie hatten mit umfangreichen Begründungen und Unterlagen ihren Wunsch die Aufgaben eines Familienzentrums zu übernehmen untermauert, kamen aber nicht zum Zuge. Für die

zwei engagierten Kerkener in Elterninitiative geführten Einrichtungen stellte diese Aufgabe eine Herausforderung und eine Chance dar. Jedes Familienzentrum soll mit 12.000 EUR vom Land finanziert werden. 25 Familienzentren könnten im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes Kleve eingerichtet werden. Ein lohnender Auftrag für den großen Anbieter, ein Schlag ins Gesicht für ein engagiertes und ortsnahes Angebot.

Der zweite brisante Aspekt: Hatte die BVK 2005 nicht heftig interveniert, als die Gemeindeverwaltung Kerken vorschlug als Kooperationspartner für die offene Ganztagschule ohne Ausschreibung und Wettbewerb die Caritas zu beauftragen. Spätestens seit der Entscheidung über die

Familienzentren im Kreis Kleve könnte man allerdings in diesem Vorgehen ein System erkennen. Erstaunlich nur, dass sich keiner der übrigen großen Verbände wehrt?

Der dritte Aspekt: Während in Kleve die Entscheidung zu den Familienzentren fiel wurden dem Gemeinderat in Kerken die Ergebnisse der Prüfung durch das Gemeindeprüfungsamt NRW (GPA NRW) vorgestellt. Die Frage der BVK, ob es nicht auch sinnvoll sei, auch Dienstleistungen im Bereich der Kooperationspartnerschaft z. B. für die offene Ganztagschule durch eine öffentliche Ausschreibung zu vergeben, wurde erstaunlich ausweichend beantwortet. Entweder wurde unsere Frage nicht verstanden oder man war sich der politischen Dimension bewußt. Wir werden noch mal nachhaken!

Volksinitiative in NRW: Neues Wahlrecht

Wenn Sie bei der Kommunalwahl in NRW Ihren Stimmzettel ausfüllen, können Sie nur den Vertreter einer Partei oder Wählergemeinschaft in Ihrem Wahlbezirk auswählen. Auf die Reservelisten haben Sie keinen Einfluss. Das will die Volksinitiative "Mehr Demokratie beim Wählen" ändern. In Zukunft sollen allein die Wähler über die Verteilung der Ratssitze entscheiden. Die Vorteile des vorgeschlagenen Wahlrechts: Einfach favorisieren! Sie finden

einige Kandidaten so richtig gut. Sie verstehen gar nicht, warum die so einen schlechten Listenplatz bekommen haben. Gar kein Problem: Sie können jedem Kandidaten bis zu drei Stimmen geben. Damit stärken Sie Ihre persönlichen Favoriten. Insgesamt können Sie so viele Stimmen an Kandidaten vergeben, wie im Gemeinderat Sitze zu vergeben sind (26 in Kerken). Einfach kombinieren! Sie wollen einer



Partei Ihre Stimme geben. Aber Sie haben auch Kandidatin X von der Wählergemeinschaft schätzen gelernt und Kandidat Y hat sich in Ihrem Sportverein als Organisationstalent hervorgetan? Mit dem neuen Wahlrecht können Sie eine Partei wählen, aber gleichzeitig auch Kandidaten aus anderen Parteien und Wählergemeinschaften stärken. Einfach streichen! Das Programm von Partei A überzeugt Sie, aber den Kandidaten von Listenplatz 3 wollen Sie nicht im Stadtrat sehen? Kein Problem: Mit einem Kreuz neben dem Parteinamen bekommt Ihre Partei alle

Stimmen, die Sie noch nicht an Kandidaten vergeben haben. Kandidaten, die Sie nicht im Stadtrat haben wollen, können Sie dabei einfach durchstreichen. Weitere und detailliertere Informationen finden Sie unter <http://www.neueswahlrecht.de>. Wenn auch Sie die Volksinitiative durch Ihre Unterschrift unterstützen wollen, können Sie auch uns ansprechen, wir können die Unterschriftenlisten zur Verfügung stellen. Am ersten Zähltag am 21.06.2007 lagen 16.325 der für eine erfolgreiche Volksinitiative erforderlichen 66.152 Unterschriften vor.

Was bringt und "KiBiz"?

Das bisherige Kindergartengesetz (GTK) soll zum 01.08.2008 durch das „Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern“ (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) abgelöst werden. Ziel sollte ein vereinfachtes und gerechteres Finanzierungssystem für Kindertageseinrichtungen sein. Förder- und Arbeitsbedingungen sollen verbessert werden und die Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickelt werden.

Hört sich erst einmal toll an, wird jedoch mit den dafür zur Verfügung gestellten



Ressourcen nicht umzusetzen sein. Unser Fazit: KiBiz führt voraussichtlich dazu, dass Eltern für eine geringere Qualität an Bildung, Erziehung und Betreuung für ihre Kinder noch stärker als bisher finanziell belastet werden, und das Finanzierungsrisiko vollständig auf die Träger der Einrichtungen abgewälzt wird. KiBiz wird das Angebot (Qualität, Leistung, Kosten)

für Kinder in Kerken verändern.

Für alle Gruppenformen sind je 2 Fachkräfte vorgesehen. Verfügungszeiten der Fachkräfte, also Zeiten für Elterngespräche usw. werden gekürzt. Sprachförderung, Bildungsdokumentation, Projektarbeit, regelmäßige Elterngespräche und -beratung können so kaum noch erbracht werden. Entscheidend verändert sich die Art der Finanzierung. Einrichtungen erhalten nur noch eine Kopfpauschale je Kind statt der Finanzierung von Gruppen. Landesweit erhalten alle Einrichtungen dieselbe Kopfpauschale. Eine Belegungsobergrenze ist nicht vorgesehen, so dass zu befürchten ist, dass Gruppen "vollgestopft" werden, um Kosten zu decken. Durch Abbau von Personal, insbesondere der teuren, aber qualifizierten Mitarbeiterinnen gespart werden. Der Träger kann auch noch zusätzliche Kindergartenbeiträge erheben. Von Bedeutung wird sein, wie sich der Kreis Kleve hinsichtlich der Elternbeiträge und Gruppenformen positioniert. Die Trägervielfalt ist durch KiBiz in Frage gestellt, denn der Wettbewerb findet nicht mehr in der Qualität der Kinderbetreuung - sondern nur noch in der Kosteneffizienz statt. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.weil-kinder-zukunft-sind.de.

Termine

Gemeinderatssitzung:
22.08.2007 (18:00 Uhr)

Ausschüsse des Rates:
Haupt- und Finanz:
07.08.2007 (18:00 Uhr)
19.09.2007 (18:00 Uhr)

Bau- und Planung:
14.08.2007 (18:00 Uhr)

Rechnungsprüfung:
18.09.2007 (18:00 Uhr)

Spruch des Monats

"Demokratie heißt,
sich in seine eigenen
Angelegenheiten
einzumischen."

(Max Frisch)



**Besuchen Sie uns
im Internet unter
www.bvk-kerken.de**